

Anforderungen an eine offensive Gewerkschaftspolitik

Prof. Klaus Dörre
Friedrich-Schiller-Universität Jena

3. Vernetzungstreffen für eine offensive Gewerkschaftspolitik
Kassel, 12. Oktober 2018



Gliederung

- I. Zur Einführung: Drei Thesen
- II. Umkämpfte Globalisierung und Große Transformation
- III. Die Autoritäre Revolte
- IV. Anforderungen an eine progressive
Gewerkschaftspolitik

I. Zur Einführung: Drei Thesen

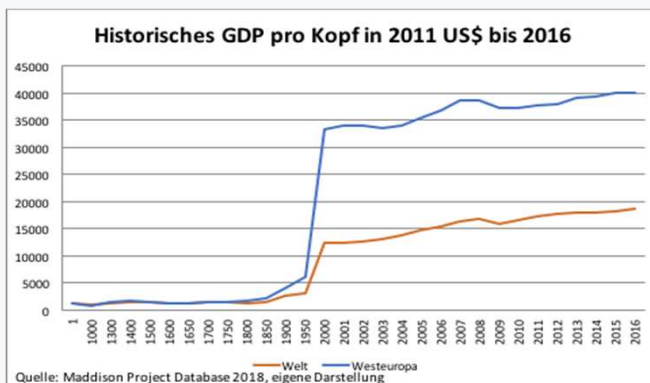
- (1) Wir erleben eine Zeitenwende. Die Globalisierung ist repulsiv geworden. Das heißt sie erzeugt Folgewirkungen, die auf die verursachenden Zentren zurückschlagen und dort eine große gesellschaftliche Transformation auslösen.
- (2) Der Rechtspopulismus beantwortet die neuen Herausforderungen mit einer konformistischen, weil für die Eliten letztlich herrschaftssichernden Revolte.

- (3) Für die Gewerkschaften ist der völkische Populismus ein Sprengsatz, der eine Auseinandersetzung mit langem Atem verlangt.

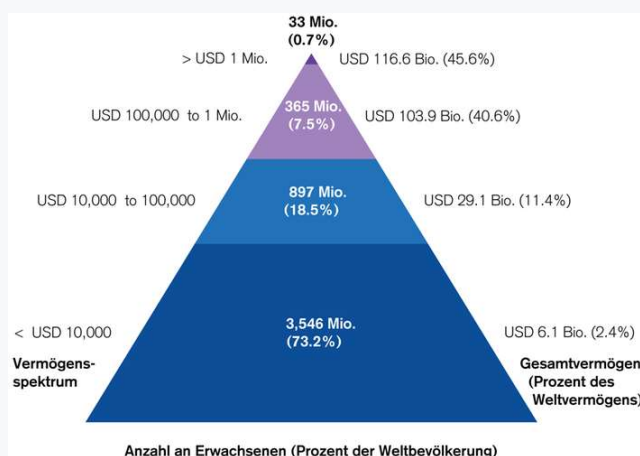
II. Umkämpfte Globalisierung und Große Transformation

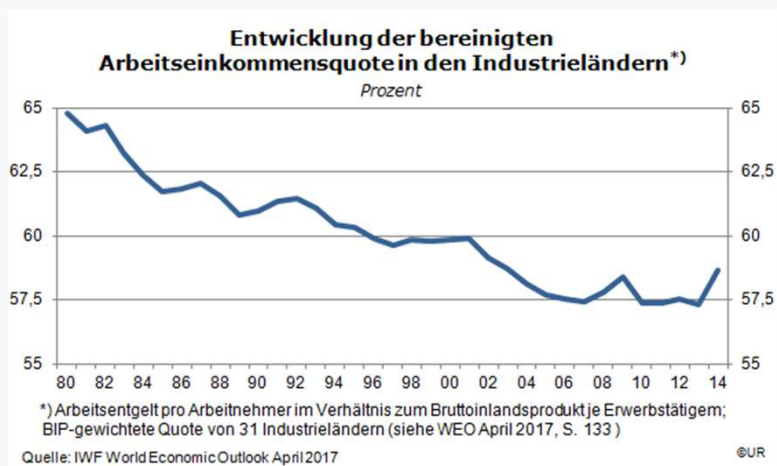
Die Globalisierung schlägt zurück in Gestalt

(1) niedriger Wachstumsraten in den alten kapitalistischen Zentren;



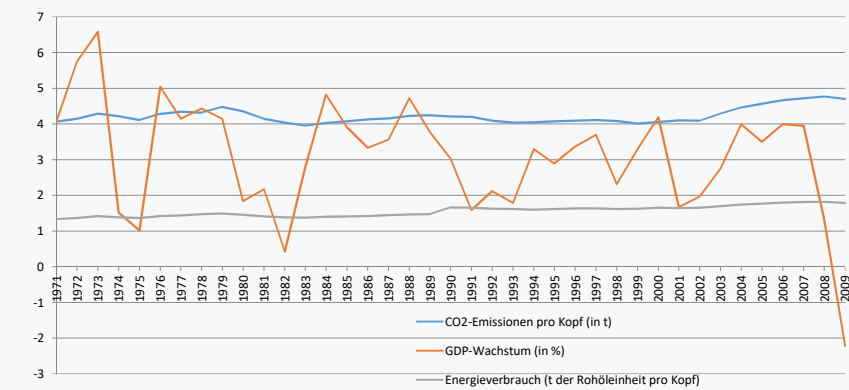
(2) zunehmender Ungleichheit und Unsicherheit;





- 44 Prozent des Einkommenszuwachses, der zwischen 1988 und 2008 erzielt wurde, entfallen auf die reichsten 5 Prozent, nahezu ein Fünftel auf das reichste eine Prozent;
- die aufstrebenden Mittelklassen in den Schwellenländern verfügten lediglich über 2 bis 4 Prozent der absoluten Zuwächse;
- Die Industriearbeiter der reichen Länder des Nordens sind die Verlierer der Globalisierung.

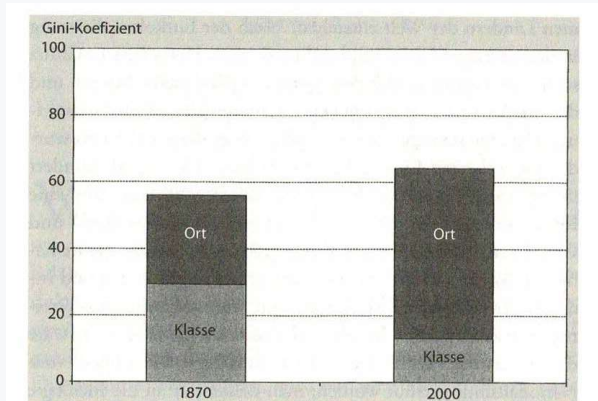
(3) globaler ökologischer Gefahren;

GDP-Wachstum, CO₂-Emissionen und Energieverbrauch weltweit

(4) einer Fluchtmigration, die nun auch die alten Zentren erreicht



Abb.: Level und Komposition globaler Ungleichheit („Ortsbonus“) gemäß Gini-Koeffizient 1870, 2000.



III. Die Autoritäre Revolte

Definition: Rechtspopulismus ist ein schillernder Begriff. Ich bezeichne damit Formationen, die danach streben, Elemente politischer Philosophien mit organisierten politischen Praktiken und alltagsweltlichen Haltungen, Handlungs- und Deutungsschemata zu einem „historischen Block“ zu verschmelzen. Nach diesem an Antonio Gramsci angelehnten Ideologie-Verständnis dürfen rechtspopulistische Orientierungen von Lohnabhängigen keinesfalls auf falsches Bewusstsein reduziert werden. Wichtiger ist ihr bon sense, der rationale Kern, den das Alltagsbewusstsein enthält.

Ideologie: Als populistisch können entsprechende Ideologeme gelten, weil sie den Problemrohstoff, den die Gesellschaft erzeugt, in einem binären Schema bearbeiten. Dem korrupten Establishment wird ein unverdorbenes Volk gegenübergestellt, dessen Wille im Zweifelsfall mit dem der Populisten übereinstimmt. Völkisch und rechts wird der neue Populismus durch die Verwendung eines ethnopluralistischen Ideegebäudes, das ein Grundrecht auf Verschiedenheit aller Menschen und Kulturen an die Stelle früherer Vorstellungen von nationaler oder rassischer Überlegenheit setzt.

Ethnopluralismus/Neorassismus: Bei oberflächlicher Betrachtung ein zeitgemäßes Konzept kultureller Autonomie, können mit Hilfe dieses Ideegebäudes wahlweise die Kolonisierung des globalen Südens, Bedrohungen durch den Amerikanismus, die Unterdrückung von Regionalismen in Europa oder eine Einwanderung in die Sozialsysteme attackiert werden. All das geschieht im Namen einer gleichsam naturalisierten, homogen Nationalkultur. Folgt man diesem „Rassismus ohne Rassebegriff“, sind nur unvermischte Kulturen stark, der melting pot kann hingegen nicht funktionieren. Deshalb sollen alle Menschen ihre Kultur leben können – und zwar am besten dort, wo die jeweilige Kultur ursprünglich beheimatet ist. Unversehens verwandelt sich so ein attraktiv klingendes Plädoyer für kulturelle Autonomie in eine Rechtfertigung von Abschottung, die, würde sie konsequent angewendet, eine Welt voller Apartheidstaaten hervorbringen müsste.

Was ist neu?

- (1) Vermassung:** Beispiel Sarrazin: „Während die Tüchtigen aufsteigen und die Unterschicht oder untere Mittelschicht verlassen, wurden und werden in einer arbeitsorientierten Leistungsgesellschaft nach ‚unten‘ vor allem jene abgegeben, die weniger tüchtig, weniger robust oder ganz schlicht ein bisschen dümmer und fauler sind“ (Sarrazin 2015: 79 f.).

- (2) Sozialpopulismus:** Als marktradikale Partei gegründet, entwickelt sich die AfD seither ähnlich wie ihre europäischen Vorbilder mehr und mehr zu einer völkisch-sozialpopulistischen Formation. Intern ist dieser Kurs allerdings umstritten.
 - Nationalkonservative sehen in der bürgerlichen Mitte die „eigentlich revolutionäre Klasse“, deren Endzweck „nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft“ (Jongen 2014) sei.

- Der national-soziale Flügel hält dagegen: Die „soziale Frage der Gegenwart“ bestehe nicht primär in der „Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten“, die „neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ sei „die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen“ (Björn Höcke).
- Setzt die liberal-konservative Strömung auf einen Volkskapitalismus, der Mittelstand und Arbeiterschaft versöhnen soll, hält der national-soziale Flügel den DGB-Mitgliedsorganisationen vor, den „Gegnerbezug zu den Arbeitgebern“ nicht glaubhaft zu praktizieren, weil die Gewerkschaftsspitzen selbst „oben“ seien und die Gliederungen eher gefügigen „Staatsgewerkschaften“ ähnelten.

Drei Antworten des völkischen Populismus auf die große Transformation:

- Antwort auf die soziale Frage: Ethnisierung von Eigentum. Die nationale Identität als Aufwertungsmechanismus.
- Antwort auf den Klimawandel: Leugnung.
- Antwort auf libertäre Werte: Rückbesinnung auf Leistungsethos und Nationalkultur

(1) Spaltung: Dichotomie mit Zusatz

„Meine Eltern sind beide Arbeiter [...], ich habe kein Abi gemacht, kein Studium angefangen, habe halt meine Realschulabschluss und meine Ausbildung gemacht und arbeite jetzt. Und ich bin mir relativ sicher, dass [...] es dabei bleiben wird [...] Ich würde mich schon zur mittleren Mittelschicht zählen, aber dabei wird es einfach bleiben. Und [...] **diese Spalte zwischen Mittelschicht [...] und der Oberschicht, die ist halt einfach riesengroß. Und ich werde diese Spalte niemals überspringen können, in meinem Leben nicht, kann ich machen, was ich will.** Und so geht es einfach sehr, sehr vielen!“

(2) Ethnisierung: Von oben-unten zu innen-außen

„Jeder Deutsche hat ein Grundgehalt von 3.300 Euro so im Durchschnitt. [...] **Dann frage ich mich jetzt, was bin ich dann? Bin ich kein Deutscher? Bin ich irgendwas?** Ich meine, ich sage, ich habe 1.600 brutto. (Interviewer: 1.600 brutto, mhm.) Brutto, nee, 1.700. Was will ich damit? Damit kann ich nicht leben. Und das ist wieder das, was am Anfang war. Der Ossi weiß zu überleben. Einer aus dem Westen drüben, der würde für das Geld nicht einmal aufstehen [...] Dass wir mal fortgehen können. Da müssen wir wirklich, wirklich aufs Geld gucken. Urlaub. Das ist alles, wo man sagt, das sind einfach die Dinge, die normalen Dinge, die man sich als Ausgleich mal gönnt. Und für die kann man sich, das geht nicht.“

*„Dass du als arbeitender deutscher Bürger, auf Deutsch, dass dir ständig in den Arsch gelatscht wird von der eigenen Regierung, auf Deutsch gesagt. Du kriegst immer wieder irgendwo, du gehst jeden Tag deine acht Stunden arbeiten, du zahlst deine Steuern, du machst deine Rentenversicherung, **du zahlst überall Beiträge und musst dann selber noch überall draufzahlen, wo eben die Flüchtlinge alles, es ist eben so, die kriegen das.** Das müssen wir mitbezahlen mit unseren Steuergeldern.“*

(3) Identität: Selbstaufwertung durch Abwertung

*„**Flüchtlinge müssten, also meiner Meinung nach, die müssten raus.** Wer hier jetzt herkommt, arbeitet, sich integriert, wer sich einordnet, unterordnet, kein Thema. Da habe ich ja nichts dagegen. Aber die, die nur hierher kommen und die Hand aufhalten und sich benehmen wie das Letzte und denken, die können sich alles erlauben, raus. Ich meine, das klingt zwar vielleicht blöd oder hart, weil bei manchen bei uns so. **Ich hätte kein Problem damit, jetzt mal Buchenwald wieder aufzumachen, einen Stacheldraht ringsrum, die dort rein, wir dort draußen. Dann kommt sich keiner in die Quere.** Und die dort so lange drinnen lassen, alles natürlich normal human, aber würde sich keiner, also jetzt mal so krass ausgedrückt, und werden dann abgeschoben, fort. Gar nicht irgendwie, dass irgendwas passieren kann.“*

(4) Demokratie: Wir sind das Volk

„Na, für mich wäre erstmal eine **gute Demokratie, wenn wir eine Volksabstimmung hätten, dort müsste man anfangen.** Und das Zweite wäre [...] dann bräuchte man wahrscheinlich auch mal eine Gesetzesänderung, zum Beispiel im Strafgesetz, ist meine Meinung, wo Straftäter, die richtig was machen – jemanden umbringen, vergewaltigen etc. Und wenn da ein Urteil im Namen des Volkes gesprochen wird, und der kommt mit anderthalb Jahren Bewährung weg, dann kann dort irgendwas nicht stimmen. **Also, Demokratie bedeutet für mich ein ordentliches Strafgesetz, und [...] Volksabstimmungen [...] wo man sieht, wo die Stimmung von Deutschland hingeht oder von den Menschen im Land, dass nicht irgendein Politiker sich anmaßt: Ich entscheide das jetzt mal für alle, oder so. Ob ich selber mich politisch engagieren würde, weiß ich nicht.**“

(5) Gewalt: Ausnahmezustand und Notwehr

„[...] Weil Gewalt erzeugt auch Gegengewalt, also es ist ja so, ja wie gesagt, es ist, es passieren sehr viele Zwischenfälle mit Ausländern [...]. Das wird kleingeredet. Das interessiert keinen irgendwo. Und ich meine, wenn mir jetzt irgendwo oder wenn meiner Familie jetzt, meinen Kindern oder irgendwie, wenn da was passieren würde mit so einem Ausländer und da würde nichts weiter irgendwie, dann, **ich würde dann auch, ja im Prinzip Gewalt anwenden jetzt mal. Ich würde auch irgendwo Selbstjustiz machen.** Das wäre für mich dann irgendwo, das ist ein Schritt zu weit dann [...] Ich würde dann, wenn meiner Familie jetzt oder wenn irgendwie, wenn ich merke, die werden belästigt dann oder wenn das weitergehen sollte wie was hier Silvester war in, war das Hamburg, nee, Köln. Das ist das, wo ich sage, das provoziert ja die Gewalt noch mit, **die Gegengewalt irgendwo und man muss sich doch wehren. Man kann doch nicht nur ducken und die Backen hinhalten**“.

(6) Systemfrage: Verschwörungstheorien

*„Weil die Sache ist ja die bei PEGIDA: Ist ja nicht so, dass die auf die Straße gehen und hier...dass das alles Nazis sind und hier sonstwelche Parolen brüllen und alle die Ausländer irgendwo verbrennen wollen oder verbannen wollen. Das ist ja überhaupt nicht der Fall. **Die gehen halt auf die Straße, weil irgendwas mit dem System nicht stimmt.**“*

*„Und dann wird es schwierig, wenn das zu einem Selbstläufer wird, dann passiert nämlich genau die Scheiße, dass das zu einer rechtspopulistischen Bewegung wird und wo es mich ärgert, dass uns das nicht gelungen ist, also wenn diese These stimmt, dass es eben darum geht, auch mal gehört zu werden, wahrgenommen zu werden, auch mal zu den Großen gehören zu wollen, [...] **warum sind wir dann da nicht die Überschrift, wieso zur Hölle.** Das könnten sie mit uns ja auch machen. Hätten wir tatsächlich sogar ein paar Mittel zur Durchsetzung.“*
(Gewerkschaftssekretär)

Es genügt nicht, nur an den Symptomen herumzudoktern, wir müssen die Krankheit besiegen. Und das heißt, wir müssen Systemfehler korrigieren!

*„Im Kapitalismus über ihn hinaus – das ist, was heute vielerorts bereits passiert und was wir stärken wollen... Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie... Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür das die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen wird.... **Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.**“*

IV. Anforderungen an eine progressive Gewerkschaftspolitik

(1) Kritisch und ohne Gestaltungsidealismus mit der Digitalisierung auseinandersetzen

- Geschäftsmodell im Wandel;
- Rationalisierungs-, Polarisierungseffekt;
- Weiterbildung zentral;
- Besteuert Zuckerberg!

(2) „bevölkerungsnaher Industriepolitik“ („Netzwerk Zukunft der Industrie“)

„Industrie hat sozusagen keinen ausreichenden Vertrauensüberschuss, sie hat keinen eigenen Utopieüberschuss für das Zeitalter des Klimawandels und der Digitalisierung. Sie bietet keine Story. Was ich sagen will, ist, die Story, die Zukunftsstory, wird nicht von der Industrie gemacht. Und, ich sage mal, auch nicht von den Industriegewerkschaften. Wir haben also gigantische Herausforderungen, die irgendwie allen bekannt sind, aber in ihrem Zusammenhang und ihrer-, ihres systemischen-, in ihrem systemischen Risikopotenzial nicht ausreichend erkannt werden. Erkannt werden wollen, müsste man fast eher sagen. Wir haben eine taktische Kommunikation. Also, wenn man sich diesen Koalitionsvertrag der Bundesregierung, diese staatspolitische Notlösung durchliest, dann ruft alles nach mehr strategischem Denken. Das ist sozusagen symbolhaft. Es gibt kein Leitmotiv, es gibt keinen Diskurs über Leitmotive, geschweige denn entwickelte Leitmotive, die sozusagen einem öffentlichen Diskurs ausgesetzt werden würden. Und es gibt beim Hauptakteur, der Industrie selbst, keine Story, sondern man schafft schlechte Nachrichten, zeigt Hilflosigkeit und Überforderung. Und in diesem Umfeld muss, glaube ich, eine Renaissance der Industriepolitik im Industrieland Deutschland begründet werden. Dazu müssen die Akteure einschließlich der Gewerkschaften aus meiner Sicht in ihren eigenen Konzepten klarer und deutlicher werden und vor allen Dingen auch sich aus sektoraler Einzelbetrachtung zu einem, den Begriff des Leitmotivs oder der Leitmotive rechtfertigenden übersektoralen Verständnis, weiterentwickeln“

- eine strategische Debatte unter der Fragestellung „Welche Industrie und welche Dienstleistungen wollen und brauchen wir?“
- Eine Debatte über soziale Bedürfnisse und damit über die Frage, wie, was und zu welchem Zweck produziert werden soll, ist immer verschränkt mit anderen Fragen, z.B. nach der Zukunft der Mobilität der Zukunft, nach ökologisch nachhaltiger Produktion, nach der Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft, nach guter Pflege und sozialer Teilhabe.

- Auf die offene Frage „Wenn Sie darüber nachdenken, welche Gruppe oder Institution Ihrer Ansicht nach die Möglichkeit hat, die Arbeitsbedingungen in Thüringen tatsächlich zu verändern, wer fällt Ihnen da spontan ein?“ antworteten die repräsentativ Befragten mehrheitlich „Keiner/Niemand“ (37%). Die Arbeitgeber/innen sahen 14% als gestaltungsfähige Akteure, die Gewerkschaften 12%. Ebenfalls 12% sahen die Landesregierung als potenziell einflussreich, 9% die Bundesregierung.

(3) Weniger arbeiten, besser leben, kurze Vollzeit/bedingungslose Grundzeit für alle – eine Zukunftsperspektive gewerkschaftlicher Politik

- Arbeitszeitverkürzung in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie durchsetzen, tatsächlich eingehalten wird. Der Osten darf in dieser Frage nicht zum Gebiet einer permanenten Benachteiligung von Beschäftigten werden.
- Mittelfristig ist wichtig, dass die Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung haben, sonst droht Arbeitsintensivierung.

- Entscheidend ist aber: Angesichts von Digitalisierung und fortbestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichten im Euroraum muss die Politik der Arbeitszeitverkürzung fortgesetzt werden. Wir benötigen mittel- und langfristig eine radikale kollektive Arbeitszeitverkürzung auf tendenziell 32-, 30- oder 28-Stunden die Woche.

- Teils ergänzend, teils alternativ könnte auch eine bedingungslose Grundzeit für alle einen Weg hin zu einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung ebnen. Dieser Vorschlag stammt ursprünglich von Claus Schäfer. Bedingungslose Grundzeit meint: Jede und jeder erhält das Recht, für eine bestimmte Zeit aus dem Arbeitsprozess auszuscheiden oder die Arbeitszeit zu verkürzen. Finanziert wird diese Grundzeit aus einem gesellschaftlichen Fonds, in den Arbeitgeber wie Arbeitnehmer einzahlen oder über eine Abgabe, die alle gesellschaftlichen Gruppen leisten. Diese Grundzeit könnte verlängert werden, wenn sie für Weiterbildung oder Arbeit an Gesellschaft und Demokratie (bürgerschaftliches Engagement, unbezahlte Pfl egetätigkeit) genutzt wird.

(4) Offensiv und mit langem Atem gegen die rechtspopulistische Revolte

- Differenzierte Auseinandersetzung
- Klare Kante und Zurückholen, einfühlsame GW
- Der AfD Sachthemen nehmen
- Politische Bildung
- Sachliche Auseinandersetzung/Thüringer Rentenkonzept
- Antirassistische Mobilisierung

(5) Den Wohlfahrtsstaat zukunftsfest machen

Der Wohlfahrtsstaat in unsicheren Zeiten – ein Zukunftsprojekt

Ein gutes Jahrzehnt nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise scheint die Welt wieder halbwegs in Ordnung. Die Weltwirtschaft ist wieder auf einen Wachstumskurs zurückgekehrt und auch in Europa scheinen die schlimmsten Krisenfolgen erst einmal überwunden. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich: In den OECD-Ländern gibt es keine Rückkehr zur vermeintlichen Normalität raschen Wirtschaftswachstums. Stattdessen ist die Globalisierung zu einem umkämpften Projekt geworden. Sie erweist sich als repulsiv. Über relativ niedrige Wachstumsraten, dramatische soziale Ungleichheiten, zunehmende Fluchtmigration und einen „ökologischen Bruch“, der sich im Überschreiten planetarischer Belastungsgrenzen bemerkbar macht, wirkt die Globalisierung auf die verursachenden Zentren zurück. Dort sorgt sie für soziale Verwerfungen und gesellschaftliche Polarisierungen. Hat der Wohlfahrtsstaat unter diesen Bedingungen überhaupt noch eine Chance? Meine Antwort ist ein klares Ja. Dies aus drei Gründen. Erstens hat sich gezeigt, dass Gesellschaften mit stabilen sozialen Sicherungen, zu denen auch Österreich zählt, weitaus besser aus der Krise herausgekommen sind, als z. B. die südeuropäischen Länder mit ihren defizitären Wohlfahrtsmodellen. Robuste Sicherungssysteme machen Gesellschaften krisenfest. Deshalb liegt zweitens nahe, dass für die vor uns liegenden unsicheren Zeiten ähnliches gilt. Die Digitalisierung wird auch im qualifizierten Bereich Arbeitsplätze kosten. Zugleich stehen Schlüsselindustrien wie der Wertschöpfungssektor Automobil unter ökologischem Anpassungsdruck. Wollen wir nicht auf eine Fünf-Grad-Erwärmungswelt zusteuern, in welcher der Klimawandel außer Kontrolle gerät, sind radikale Veränderungen der Wirtschaftsweise zwingend nötig. In Zeiten mit derart großen Unsicherheiten erzeugen wohlfahrtsstaatliche Sicherungen Resilienz. Sie federn existenzielle Ängste ab und stabilisieren so die Demokratie. All das gelingt drittens aber nur, wenn die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen so umgebaut werden, dass sie den neuen Herausforderungen gewachsen sind.

Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört es, Druck von den Schwächsten der Gesellschaft zu nehmen und sozialen Ausschluss zu vermeiden, um so die Vorteile des Solidarprinzips erfahrbar zu machen. Das ist mit nationaler Abschottungspolitik und Flüchtlingsabwehr nicht zu schaffen. Wer sich in den Grenzen des Nationalstaates verbarrikadiert, kann keines der großen globalen Probleme lösen. Stattdessen geht es um solidarisches Rückverteilen von Reichtum von oben nach unten, aber auch innerhalb Europas und von Nord nach Süd. Und das nicht nur in einem materiellen Sinne. Für alle, die gut verdienen, ist disposable time, frei verfügbare Zeit, der eigentliche individuelle Reichtum. Deshalb ist intelligente Arbeitszeitverkürzung („kurze Vollzeit für alle“) ein wichtiges Feld etwa des öffentlichen Sektors, der mit gutem Beispiel vorangehen könnte. Darüber hinaus geht es um eine Neuverteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Es darf nicht sein, dass einige Technologiekonzerne einen Überwachungskapitalismus etablieren, der demokratische Öffentlichkeiten ausschaltet. Aus all diesen Gründen benötigen wir nicht weniger, sondern mehr demokratischen Wohlfahrtsstaat. Wir brauchen ihn als Garanten öffentlicher Güter, sozialer Infrastruktur und ökologischer Nachhaltigkeit. Um dergleichen zu erreichen, muss die soziale Demokratie jedoch angriffslustiger werden. Sie darf sich aus wirtschaftlichen Entscheidungen, die Überlebensinteressen der Menschheit berühren, nicht heraushalten. Anstelle eines zahnlosen Tigers benötigen wir einen Wohlfahrtsstaat, der die Ökonomie in demokratische Entscheidungsprozesse einbindet. Wir sollten deshalb mehr Wirtschaftsdemokratie wagen. Wenngleich solche Visionen gegenwärtig wenig realistisch erscheinen, sollten wir dennoch nicht in Angst vor der Zukunft erstarren, sondern uns an das erinnern, was Ernst Bloch einst als beste Strategie zur Angstabwehr empfohlen hat: „Die Arbeit gegen die Lebensangst... ist die gegen ihre Urheber, ihre großenteils sehr aufzeigbaren, und sie sucht in der Welt selber, was der Welt hilft; es ist findbar“ (Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Erster Band, Frankfurt/M. 1973[1959], S. 1.

(6) Die Systemfrage nicht den Rechten überlassen

Auf die Frage, ob er bedauere, sich für einen demokratischen Sozialismus ausgesprochen zu haben, weil seine volksnahe Botschaft ohne das S-Wort vielleicht besser angekommen wäre, antwortet Bernie Sanders: „Nein, ich bedauere das nicht. Für mich bedeutet demokratischer Sozialismus, dass ich auf dem aufbaue, was Franklin D. Roosevelt sagte, als er dafür kämpfte, allen Amerikanern, grundlegende wirtschaftliche Rechte zu garantieren. Und es bedeutet, dass ich auf dem aufbaue, was Martin Luther King im Jahre 1968 sagte: ‘In diesem Land gibt es Sozialismus für die Reichen und erbarmungslosen Individualismus für die Armen.’ [...] Für mich bedeutet Sozialismus, dass wir eine Volkswirtschaft aufbauen, die nicht nur für die Reichen, sondern für alle funktioniert.“ Eine solche Wirtschaft kann, so sei hinzugefügt, keine stationäre sein, aber sie darf aus Gründen sozialer wie ökologischer Nachhaltigkeit nur noch langsam und bei Abkehr von ihren fossilen Grundlagen, verbunden mit der Ausweitung vor allem von Humandienstleistungen und damit qualitativ wachsen.